

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

196 (30.8.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.</p>	<p>Angaben: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Anzeigen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton i. B.: Franz Bahl; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Bahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich für Anzeigen und Inserate: Hermann Dähler in Karlsruhe.</p>	

○ Je einiger — desto uneiniger.

So muß man die Bestrebungen auf den engeren Zusammenschluß der drei freisinnigen Gruppen bezeichnen; denn je länger über diese Frage debattiert wird, um so mehr geraten sich die einzelnen Teile in die Saare. Die „Fr. Zeitung“ nimmt nach langem Schweigen zu der Frage auch Stellung und man erfährt daraus eine Reihe interessanter Einzelheiten, die aber nur noch größere Konfusion herbeizuführen. Am 4. Juli hat der Zentralausschuß der freisinnigen Volkspartei sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und alle in Betracht kommenden Momente eingehend erörtert. Von verschiedenen Seiten wurden Zweifel ausgesprochen, ob die für eine Verschmelzung der drei Richtungen notwendige innere Übereinstimmung in allen wichtigen sachlichen und tatsächlichen Fragen bereits vorhanden und der Zeitpunkt für einen engeren Zusammenschluß gekommen sei. Doch erkannten auch jene Mitglieder des Ausschusses, die Befanden in dieser Beziehung des Aufwertens, es als richtig und notwendig an, in eine gründliche Prüfung darüber einzutreten, ob und unter welchen Voraussetzungen ein engerer Zusammenschluß durchführbar ist. Der Zentralausschuß erwidert den gemeinsamen Ausschluß der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft, in Verhandlungen über die Angelegenheit einzutreten. Der aus den Abg. Dr. Müller-Meinungen und Dr. Wiemer, Schröder und v. Payer bestehende parlamentarische Vierer-Ausschuß hat am Schlusse der Reichstagsstagung sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und nach längerer Aussprache vereinbart, zunächst mit den Organisationskommissionen in Verbindung zu treten. Eine weitere Besprechung ist im Monat September in Aussicht genommen.

Im Vordergrund der Debatte steht zunächst das Verhältnis der linksliberalen zur Sozialdemokratie. Dr. L. Haas, einer der Führer der badischen Deutschen Volkspartei, hat im „Bad. Landesboten“ den Standpunkt vertreten, daß die Sozialdemokratie bedingungslos gegen die Reaktion unterliegt werden müsse. Dr. Haas hat geschrieben: „Wir werden unsere jüdische Taktik nicht auf; wir werden aber auch innerhalb der künftigen Gesamtpartei mit aller Energie dafür kämpfen, daß die süddeutsche Taktik allgemein deutsche Taktik wird. Wir können in Deutschland nicht weiter, bevor nicht durch das ganze Reich hindurch die tatsächliche Verständigung zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus vollzogen ist.“ Ein zur freisinnigen Vereinigung gehörender Parlamentarier empfahl im Sinne von Dr. Haas im „Verl. Tagebl.“ ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie und gegenseitige Unterstützung bei den Wahlen. Die „Fr. Zeitung“ will mit aller Bestimmtheit ausgesprochen, daß die freisinnige Volkspartei ihre tatsächliche Haltung gegenüber der Sozialdemokratie nicht ändern wird und nicht ändern kann, solange die sozialdemokratische Partei nicht eine gründliche Revision ihrer sachlichen Anschauungen und ihrer Stellung gegenüber dem Liberalismus vollzogen hat. Wir haben gegenüber Dr. Barth und seinen Anhängern stets mit aller Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß ein Zerwürfniß auf den Kampf nach links für den entscheidenden Liberalismus geradezu verhängnisvoll werden würde, und wir haben, nachdem Dr. Barth vom politischen Schauplatz abgetreten ist, ohne irgend einen greifbaren Erfolg im Sinne seiner leidenschaftlich verfochtenen Theorien erzielt zu haben, nicht die mindeste Veranlassung, eine Revision unserer Auffassung vorzunehmen. Wir sind davon überzeugt, daß die Ankündigung des Dr. Haas, es solle mit aller Energie dafür gekämpft werden, daß die von ihm empfohlene Taktik nach Barth'schem Rezept allgemeine deutsche Taktik wird, innerhalb der freisinnigen Volkspartei auf lebhafteste Gegenwehr stoßen und die Neigung zu einem engeren Zusammenschluß sicherlich nicht fördern wird.

Diese Meinungsverschiedenheiten über die Stellung der Sozialdemokratie können und werden bei den Verhandlungen über eine etwaige Verschmelzung der linksliberalen Gruppen nicht in den Hintergrund treten; in dieser Beziehung muß volle Klarheit geschaffen werden. Hier scheint also schon eine heftige Klippe aufzutreten; die freisinnige Volkspartei hält an der Zweifrontentheorie von Nichterkeit fest; sie will nach links und rechts kämpfen; die beiden anderen freisinnigen Gruppen sehen den Gegner nur rechts und wollen mit der Sozialdemokratie gegen die Rechte marschieren. Wie da eine Verständigung eintreten soll, ist schwer zu sagen; aber die sehr wandlungsfähigen freisinnigen Gruppen am Ende wohl folgende Mittellinie: im Programm die Zweifrontentheorie, in der Praxis die Unterbrechung der Sozialdemokratie.

In dieser ersten Differenz tritt aber eine zweite gefährlichere: wer soll der Führer sein? Der schon erwähnte Abgeordnete Erzberger: „Alljährlich findet seit einer Reihe von Jahren am 1. Tag des Katholikentages ein Arbeiterfestzug statt; an dieser herrlichen

ist der Kampf gegen die Fusion, wie er von führenden Organen der freisinnigen Volkspartei geführt wird, ein Kampf um die Herrschaft dieser Richtung innerhalb der eigenen Partei.“ Damit wird aber nach der „Fr. Ztg.“ die Unterstellung ausgesprochen, daß die leitenden Kreise der freisinnigen Volkspartei nicht das Wohl der gesamten Partei im Auge haben, daß sie vielmehr selbstständig nur darauf bedacht sind, die Herrschaft der jetzigen Richtung zu bewahren. Welche Richtung gemeint ist, werde nicht ausdrücklich ausgesprochen, aber es liegt auf der Hand, daß die Weigerung auf die gegenwärtige Parteileitung der freisinnigen Volkspartei gemeint ist. Verschiedene Richtungen innerhalb der freisinnigen Volkspartei, die einander bekämpfen, gebe es aber nicht. Die beauftragten Vertretungen der Partei haben ihre Beschlüsse stets in voller Einmütigkeit gefaßt, und der geschäftsführende Ausschuß, dem die Durchführung der Beschlüsse obliegt, habe bisher stets die Unterstützung der Gesamtpartei gefunden. Die Behauptung sei völlig haltlos, daß „ein Kampf um die Herrschaft einer Richtung“ innerhalb der freisinnigen Volkspartei geführt werde. Darüber läßt nun alle Welt. Warum wurde denn der frühere Führer Dr. Müller-Sagan hinausgedrängt? Die alten Richterleute sind unterlegen, seitdem Müller-Meinungen zum Vorkommen des Fürsten Willow avancierte. Nun soll dieser und der Reichsregent a. D. Wiemer abtreten, da die freisinnige Vereinigung glaubt, daß sie bessere Führer besitze; das ist schamhaft und eine solche Operation schiebt man lange hinaus.

Endlich ist die Frage der Organisation ein Zankapfel, da heute jede der drei Gruppen ihre eigenen Vereine usw. hat. Es wird nämlich von dem Parlamentarier der freisinnigen Vereinigung ausgesprochen, daß die leitenden Kreise der freisinnigen Volkspartei angeblich bereit seien, „in eine Fusion zu willigen, wenn diese darin besteht, ihre Parteifunktionäre entlassen und ihre Anhänger auffordern, bedingungslos in die Organisation der freisinnigen Volkspartei einzutreten.“ Von solchen Bedingungen ist aber der „Fr. Ztg.“ wieder nichts bekannt. Sie hält allerdings für unbedingt geboten, daß bei einer etwaigen Verschmelzung die Geschlossenheit und Schlagfertigkeit der freisinnigen Volkspartei erhalten bleibt und erachtet es als selbstverständlich, daß die bewährten Organisationen der Partei aufrecht erhalten werden. Die freisinnige Volkspartei verfolge über die stärkste und geschlossenste Organisation der linksliberalen. Es könne ihr nicht zugemutet werden, diese Organisation bei einer etwaigen Verschmelzung aufzulösen. Abg. Schröder hat freilich auf dem letzten Parteitag der freisinnigen Vereinigung die erstmalige Auflösung aller Organisationen und deren Neubildung verlangt. Dieser Vorschlag wird im „Verl. Tagebl.“ wieder aufgenommen und dahin erklärt, daß die Organisationen sich sofort und auf breiter Basis wieder bilden und sich nach den Bedürfnissen und Wünschen ihrer Angehörigen konstituieren sollen. Auch unter dieser Voraussetzung sehe die „Fr. Ztg.“ ein derartiges Vorgehen „als höchst unzweckmäßig an und glaubt auch nicht, daß die beiden anderen Parteien geneigt sein werden, nach diesem Vorschlag zu verfahren.“ Der Widerspruch, wie er auch in der Presse laut geworden ist, beruhe auf wohl begründeten sachlichen Erwägungen. Um so bemerklicher sei es, wenn das parlamentarische Mitglied der freisinnigen Vereinigung die Andeutung ausspreche, daß der Widerspruch nur deshalb erhoben werde, weil die Widerstrebenden davon eine Schwächung ihres Einflusses befürchten.“ So kommt am Schlusse das leitende Organ der freisinnigen Volkspartei zu der Feststellung, „daß die Leitung der freisinnigen Volkspartei eifrig und rüchhaltlos bemüht ist, das gute Einvernehmen zwischen den linksliberalen Gruppen und ihr einheitliches Zusammenwirken zu fördern. Sie hat auch niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sie bereit ist, für einen engeren Zusammenschluß einzutreten, wenn die notwendigen Voraussetzungen hierfür auch wirklich gegeben sind. Wir wissen nicht, was den zur freisinnigen Vereinigung gehörenden Parlamentarier veranlaßt, den guten Willen der Parteileitung der freisinnigen Volkspartei im Zweifel zu ziehen und unbegründete Angriffe vom Baune zu brechen, er müßte denn, was wir nicht annehmen können, die Absicht haben, Vortrags zu fassen und die auf den engeren Zusammenschluß hinielenen Bestrebungen zu durchkreuzen.“ So sieht es also boret mit der Einigkeit der linksliberalen aus: sie verkaufen sich gegenseitig unter dem Aufse: Einigkeit der linksliberalen! Und die Welt laßt und freut sich in der politisch toten Zeit dieses Schauspieles.

Deutschland.

Berlin, 30. August 1909.

☐ **Schikane des Katholikentages?** Im „Tag“ schreibt der Abgeordnete Erzberger: „Alljährlich findet seit einer Reihe von Jahren am 1. Tag des Katholikentages ein Arbeiterfestzug statt; an dieser herrlichen

Demonstration der Treue zu Staat und Kirche nahmen im Vorjahre 60000 Arbeiter teil. Auch in diesem Jahre soll am kommenden Sonntag ein solcher Arbeiterfestzug in Breslau veranstaltet werden; Arbeiter aus der ganzen Provinz Schlesien sind angemeldet, darunter befinden sich eine Anzahl polnischer Arbeiter. Für diese sollte nun in ihrer Muttersprache ein Vortrag über „Arbeit im Lichte des Glaubens“ gehalten werden. Der Vorsitzende des Breslauer Komitees, Vizepräsident Dr. Porsch, suchte am 20. Mai 1909 beim Regierungspräsidenten um die durch das Reichsgeheg vorgeschriebene Genehmigung nach; in der Eingabe verwies er auf die feierliche Zusage des heutigen Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg, wonach die Muttersprache gebraucht werden soll, „wo absolute Unkenntnis der deutschen Sprache das Verhinderung in dieser zur Unmöglichkeit macht und wo gleichzeitig der Gebrauch des fremden Idioms nicht zu dem ausdrücklichen Zwecke stattfindet, die Abkehr vom deutschen Vaterlande zu veranlassen oder Bestrebungen zu fördern, welche dem Deutschen Reich feindlich gesinnt sind.“ Der Katholikentag ist erhaben über den Vorwurf, daß er solchen Zwecken diene; die Versammlungsteilnehmer bedienen sich regelmäßig nur der polnischen Sprache. So oft der Katholikentag in der Nähe der gemischtsprachigen Gegenden abgehalten wurde, sind polnische Reden gehalten worden (1872 und 1886 in Breslau, 1891 in Danzig). Auf die Genehmigung des Gesuches rechnete man bestimmt. Aber das Breslauer Regierungspräsidium entschied anders; nach dreimonatigem Nachdenken gab es am 21. August die Antwort, daß „ausreichende Gründe“ für einen Dispens nicht vorhanden seien; der Antrag wurde abgelehnt! Die Katholikentage genießen hierdurch zum erstenmale den „Vorzug“ des neuen Reichsvereinsgesetzes; denn unter der Herrschaft des alten preussischen Gesetzes hätte der polnische Vortrag gehalten werden können. Da das Breslauer Regierungspräsidium die Gründe seiner Ablehnung nicht darlegt, kann man nur annehmen, daß es sich um eine Schikane des Katholikentages handelt, um ein Vorgehen, das alle Katholiken des Reiches reizen muß. Was aber sagt Herr v. Bethmann-Hollweg dazu? Als Staatssekretär hat er kein Wort für eine loyale Auslegung des Gesetzes gesprochen; heute ist er Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident; er hat also genügende Machtmittel, um sein gegebenes Wort einzulösen. Will er die Breslauer Maßnahme gutheißen? ...

☐ **Wie sie rechnen!** Im Konsumverein Stuttgart hat ein Genosse die neue Steuerlast für den Konsumverein folgendermaßen berechnet: „Beim Kaffee 17,160 Mark, beim Tee 2616 Mark, bei den Zigaretten 10,147 Mark, beim Champagner 3000 Mark, bei den Bündelzögern 16,484 Mark. Bei diesen fünf Artikeln müssen die Mitglieder des Konsumvereins insgesamt 47,437 Mark mehr aufbringen.“ Da ist zunächst der Posten für Schaumwein sehr interessant, denn er läßt erkennen, daß 6000 Flaschen Schaumwein verbraucht worden sind. Aufschallend ist die hohe Berechnung für Bündelzöger, da man bei dieser Summe nicht weniger als 65,936,000 Stück Bündelzöger verkaufen kann; angesichts dieser Summe erscheint die Belastung doch nicht sehr hoch.

Rusland.

Österreich-Ungarn.

☐ **Wegen der Schließung der Winkelschulen der „Freien Schule“** erheben die Judenblätter und die Sozialdemokraten einen gewaltigen Lärm und greifen insbesondere den „liberalen“ Unterrichtsminister Grafen Stürgkh in heftigster Weise an. Baron Hoch hat gegen die Schließung der Schulen die Beschwerde an den Verwaltungsrichtshof ergriffen und will die „religionslosen“ Winkelschulen in der Art und Weise fortführen, daß die Sorge für den Religionsunterricht den betreffenden Eltern überlassen wird, denen zu diesem Zweck „private“ Religionslehrer zur Verfügung gestellt werden. Da auf diese Art und Weise, eine Art Freimaurerschule einzurichten, den gesetzlichen Vorschriften nicht entspricht, bleibt die Schließung der Winkelschulen trotz der Proteste aufrecht. Die Herren der „Freien Schule“ können den einfachen Unterschied zwischen „Lehrbefähigung“ und „Lehrberechtigung“ nicht begreifen. Die kirchlichen Behörden werden sich wohl hüten, unter allen Umständen jenen auch die „Lehrberechtigung“ zuzuerkennen, welche die „Lehrbefähigung“ haben. Unter solchen Umständen müßten ja auch die apostatisierten Priester unter allen Umständen ihre Lehrtätigkeit ausüben können!

Valkansstaaten.

☐ **Zur Kretafrage.** Die Antwortnote der Pforte auf die Kollektivnote der freisinnigen Schumacher ist dem italienischen Votischeraster als dem Doyen übergeben worden. Die

Pforte versichert, sie habe keine kriegerischen Absichten gehabt und manche Beweise ihrer friedlichen Gesinnung gegeben. Sie habe von Griechenland Aufklärung verlangen müssen, weil es auf Kreta Einfluß ausgeübt habe. Die beiden Antwortnoten der griechischen Regierung hätten zwar dem Verlangen der Pforte nicht ganz entsprochen, seien aber als befriedigend erklärt worden, weil Griechenland versichert, sich auf Kreta nicht einmischen zu wollen. Die Pforte dankt dem den Schutzmächten für die Regelung des Bahnengüterverkehrs und stellt fest, daß das erzielte Ergebnis die Lösung der Schwierigkeiten erleichtere, und zwar in der Weise, daß die Souveränitätsrechte der Türkei unangefastet blieben.

☐ **Zur Lage in Griechenland.** In Rom sind Privattelegramme eingetroffen, denen zufolge etwa tausend Offiziere des Heeres in Athen dem König und der Regierung eine Art Ultimatum gestellt haben, in dem kategorisch verlangt wird, daß sofort die Nationalversammlung einberufen werde, daß die Regierung von dieser ohne weiteres Militärkredite gemäß den Erfordernissen der Lage genehmigen lasse, und daß, wenn das nicht geschieht, das Kabinett Rhallis demissioniere. In denselben Telegrammen heißt es laut „D. T.“, daß die größte Erregung der militärischen Kreise sich gegen den König richte, und daß sich daraus die wiederholten und alsbald demissionierten Gerüchte der Abdankung des Königs Georg erklären. Die ganze Meldung ist mit allem Vorbehalt aufzunehmen. Sollte sie sich bestätigen, so wäre eine Verhängung der griechisch-türkischen Beziehungen unausweichlich. Denn die Türkei sähe darin eine Provokation und würde sich schwerlich bis zu den Entschlüssen der griechischen Volksvertretung gebulden. Der Korrespondent der „N. Fr. Pr.“ in Athen wurde vom Ministerpräsidenten Rhallis ermächtigt, alle Gerüchte, wonach König Georg die Absicht geäußert habe, abzuhandeln, als grundlos zu bezeichnen.

Afrika.

☐ **Aus Marokko.** Aus Tanger wird gemeldet: Der Roghi wird in einem eigenen Käfig im Hofe des Palastes gefangen gehalten. Der Sultan versuchte, von ihm zu erfahren, weshalb er den Vorwurf gepredigt habe. Der Roghi antwortete: Ich habe ohne Erfolg das versucht, was Sie mit Erfolg versucht haben. Der Roghi ist bis jetzt gut behandelt worden, denn der Sultan hofft, von ihm zu erwirken, daß er die Gelder, welche er in europäischen Banken hinterlegt hat, ihm überweisen läßt. — Der französische Gesandte hat seine Kollegen zu einer Besprechung eingeladen, um beim Sultan Schritte zu unternehmen, damit den Greweltaten durch die Anhänger des Roghi ein Ende gesetzt werde.

Baden.

Karlsruhe, 30. August 1909.

☐ Gift für den Antikulturanthropismus.

Der Konviktsbeher, der seit einigen Jahren in der „Bad. Landeszeitung“, in den „Bad. Nachrichten“, in der „Freidolberger Zeitung“ und anderen Blättern seine Unwesen treibt, ist wieder einmal an seiner erbaulichen Arbeit. Diesmal benützt er die beiden für gebildete Jünglinge geschriebenen Bücher des Rectors Dr. Soli zu Wollast, „Sturm und Feuer“, ein rechtles Wort über einen heiligen Punkt“ (Freiburg, Herder; gebunden M. 2.40) und „Wahrheit und Wahrheit“, ein Führer auf des Glaubens Sonnenberg“ (ebenda, gebunden M. 2.80), um eine Denunziation gegen Konvikte und Religionslehrer anzubringen und der Regierung nahezu legen, daß sie den Verfasser der beiden staatsgefährlichen Bücher noch rechtzeitig aufgreifen lasse, ehe er über die Grenze entwich, und daß sie alle, die zu deren Verbreitung irgendwie beitragen, miteinander auf einen Scheiterhaufen werfe. Denn es ist doch ein starkes Stück, daß ein Konviktsrektor studierende Jünglinge etwas über Sittlichkeit und Glauben zu sagen wagt; diese Gegenstände müssen für antikulturanthropische Professoren vorbehalten bleiben, wenn sie mit ihren Unterrichtsstunden für Deutsch, Latein, Griechisch, Geschichte usw. sonst nichts anzufangen wissen!

Doch Schach beiseite! Wenn ein Lehrer, der bei Lektüre der Scene im „Armen Heinrich“ mit dem Räuber in der Türe gemeinsam mit der Klasse in Gelächter ausbricht; der nichts Besseres zu tun weiß, als über Goethes diverse Redensarten vorlesen zu lassen, diese in effigie vorzeigt und es ruhig gesehen läßt, daß dabei ein Schüler einem Konviktszögling gegenüber eine spöttische Bemerkung macht; der die deutschen Stunden damit zubringt, daß er Schafeppeare vorlesen läßt und dabei teilnahmslos in der Klasse hin- und hergeht, bis eine „pikante“ Stelle kommt, und dann schaut, ob auch alle lachen, und einen Schüler, der ernst bleibt, fragt: „Haben Sie es denn nicht verstanden?“ usw. — wenn ein solcher Lehrer ein Buch wie „Sturm und Feuer“ nicht leiden kann, so wird sich darüber niemand

foundern. Jeder andere wird darüber anderer Ansicht sein.

Der Korrespondent der „Landeszeitung“ entwirft sich weiter genötigt darüber, daß der Verfasser von „Wahn und Wahrheit“ es gewagt hat, die allerdings sehr unliebendigen Auslassungen des Philosophen Schopenhauer über andere Philosophen zu zitieren. Ja wenn ein Professor von seinen Schülern Gott und den Himmel und Christus aus der Welt hinausleugnet, so ist das ganz in Ordnung; aber wenn ein Geistlicher zeigt, daß der Heiligenschein der modernen Ubergötter Kant, Hegel u. a. stark fleckig ist, dann muß die Regierung ihn in Disziplinuntersuchung nehmen. Es ist nur gut, daß die antiklerikalen, jungliberalen, sozialdemokratischen und demokratischen Hefereien einstuweisen keine andere Wirkung haben, als daß man darüber lacht. Sonst dürfte ein katholischer Schriftsteller sich einmal mehr sagen, was Schopenhauer sagt, ohne zu riskieren, daß er auf einem modernen Scheiterhaufen verbrannt wird. Vorkäufig begnügt sich der Mann der „Landeszeitung“ mit einer graufamen Drohung:

Sollen wir als Gegenstück zu dieser literarischen Beilegung eines Konviktens und Religionslehrers eine Zusammenstellung von all dem anfertigen, was die Vertreter aller Religionen und Konfessionen gegen einander an Vorwürfen und Ränkungen produziert haben, und diese Mißstände als „Anthologie für gebildete Jünglinge“ zur Einführung in den Religionsunterricht der Jugend massenweise in die Hand geben? —

Der Mann scheint noch nicht so durch zu sein, um einzusehen, daß diese beiden Fälle nicht zu einander passen. In „Wahn und Wahrheit“ sind die Pfaffen des Unglaubens durch Pfaffen des Unglaubens, also Gleichgeartete durch Gleichgeartete charakterisiert. Dagegen richtig müßte er fragen: „Sollen wir zusammenstellen, was bekennnistreue katholische Gelehrte gegen eben solche katholische Gelehrte, oder was bekennnistreue protestantische Gelehrte gegen eben solche protestantische Gelehrte produziert haben?“ Und dann antworten wir ihnen: „Jawohl! nur heraus damit!“ Aber er wird es wohlweislich bleiben lassen. — Weiter schreibt er:

Die Reformation, der größte Abfall von der katholischen Kirche im 16. Jahrhundert, wird von Herrn Doll betrachtet unter dem Gesichtspunkt des „unflüchtigen Lebenswandels“, der „fittlichen Ausschweifungen“, der „Trunksucht“ u. dgl. Deutsche Dichter und Denker der Neuzeit, wie Lessing, haben sich sogar „der Hölle (!) verschrieben“. Goethe scheint nach Herrn Dolls Zitaten doch noch etwas vorsichtiger gewesen zu sein.

Was der Mann hier schreibt, ist — man verzeihe den Ausdruck — vollendeter Unfinn und beweist, daß ihm die Fähigkeit abgeht, auch die einfachste Darlegung richtig aufzufassen. Und wer sich weiter darum interessiert, möge in „Wahn und Wahrheit“ Seite 259 ff und Seite 75 ff nachsehen, was dort wirklich geschrieben steht.

Einen weiteren Unfinn können wir dem geneigten Leser nicht vorenthalten; wir lassen nur die finsternen Unterstellungen und Andeutungen weg, durch welche sich der Konviktenscheher der „Landeszeitung“ von jeder Auszeichnung hat. Er schreibt:

In Bezug auf „marianische Kongregationen“ glaubt der Redakteur Doll den katholischen Schülern folgendes mitteilen zu müssen: „Wenn es die möglich ist, Jünglinge, so tritt einer marianischen Kongregation bei. An den deutschen Mittelschulen werden diesen religiösen Vereinigungen unbegreiflicherweise immer noch Hindernisse in den Weg gelegt, aber an anderen und in vielen Universitätsstädten stehen sie bereits in hoher Blüte.“ Geht das nicht die katholische Schülerversammlung gegen Verordnungen der Schulbehörden und Anordnungen der Lehrer?

Die herrliche Logik dieser Stelle steht genau auf der gleichen Höhe wie die in dem Briefe eines Professors, der dem Rektor eines Konvikts beweisen wollte, daß er die Falschheit der Spionage erziehe, und der den Beweis also führte:

„Haben Sie nicht die Sitte eingeführt, daß die Schüler von Zeit zu Zeit auf Betteln oder persönlich ihre Bedenken Ihnen offenbaren, wenn solche zufällig aus dem Unterricht erwachsen wären?“ Geht das nicht, die Schüler direkt zur Spionage anhalten?

Man sieht: Logik ist die starke Seite dieser antiklerikalen Herren nicht. Sie täten darum besser, ihre Zeit mehr für ein gründliches Studium als für Zeitungsfetzen zu verwenden. Im übrigen sei dem Herrn auch noch die Refürze von Kapitel 16 des 3. Abschnitts in „Wahn und Wahrheit“ entpöpselt. „Ultramontanes Gift für die Jugend“, hat der Korrespondent der „Landeszeitung“ seinen Artikel benannt. Wir können nur wünschen, daß die beiden Bücher bei recht vielen Jünglingen den Antiklerikalismus schon im Entstehen vergiften und dem Verderben bringen mögen. Der Kirche und dem Vaterland wird damit der beste Dienst erwiesen.

Handhabung des Vereinsgesetzes.
Das Ministerium des Innern hat entschieden, daß die Benennung des Veranlassers politischer Versammlungen nach dem Sinne des Reichsvereinsgesetzes vom Jahre 1908 unerlässlich ist, und daß allgemeine Angaben wie „Vorstand des Zentrums“ oder die „Reinigen liberalen Parteien“ nicht ausreichen erscheinen, vielmehr eine Person der Polizeibehörde namhaft gemacht werden muß. Denn es muß die Möglichkeit bestehen, daß die Polizei mit den Vorstehenden vor Beginn mit der Versammlung in Verbindung treten kann, wenn etwa gefährliche Hindernisse im Weg stehen sollten. Endlich haben nach § 13 des Gesetzes die Veranlasser der Polizei sich dem Veranlasser der Versammlung zu erkennen zu geben, sie müssen also genau wissen, wer er ist.

10. Offenburg, 29. Aug. Die sozialdemokratische Partei beabsichtigte im benachbarten Weier eine Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten. Arbeitersekretär Keller aus Straburg sollte über die Reichsfinanzreform sprechen. Das hiesige Bezirksamt hat aber das Erlaubnisgesuch zu dieser Veranstaltung auf Grund des Reichvereinsgesetzes abgelehnt.

H. F. Die Meinungen Dr. Feuersteins
— des katholischen Stadtpfarrers in Donauwörth — über die Reichsfinanzreform und seine Kritik der Faltung der Zentrumspartei machen jetzt die Kunde durch den ganzen deutschen Blätterwald. Mit schmerzlichen Wohlbehagen räumt sowohl die sozialdemokratische wie die liberale und sogar die farblose Presse dem katholischen Stadtpfarrer bereitwillig Platz ein in ihren Spalten, gilt es doch, dem verhassten Zentrum eines zu verlesen mit Waffen, die — wie man sagt — ein Mann aus dem eigenen Lager geliefert habe. Auch die Zentrumspresse nimmt Stellung zu den Ansichten des Herrn Stadtpfarrers, soweit wir sehen, allgemein in dem

von uns vertretenen Sinne: Theoretische Erörterungen, deren Verwirklichung am harten Granit der Tatsachen scheitern muß. In mehreren Artikeln finden wir auch die Frage gestellt und beantwortet, wem wohl die Verantwortung des Herrn Feuerstein letzten Endes allein zuzurechnen ist. Auch hierüber haben wir uns schon ausgesprochen. Lediglich die Sozialdemokratie ist es, die einen etwaigen Gewinn davon tragen wird.

Der Karlsruher sozialdemokratische „Volksfreund“ sieht das auch ein und wirt sich zum Beschützer Dr. Feuersteins auf. Besonders dagegen nimmt er in seiner Samstagnummer Stellung, wie wir den Vorwurf der „arroganten (also anmaßenden) Unwissenheit in Steuerfragen“, den Feuerstein der neuen Mehrheit entgegenstellt hat, aufgefaßt und zurückgewiesen haben. Er legt die Sache so aus, als ob damit nicht die Führer im Reichstag, sondern lediglich die Kreise der „Agrarier“ (die sind nämlich nach dem „Volksfreund“ an allen und jeden schuld) draußen gemeint gewesen seien. „Das und nichts anderes wollte Herr Dr. Feuerstein mit seinen Bemerkungen sagen“, silt das sozialdemokratische Organ selbstbewußt bei. Wir wissen nun allerdings nicht, inwieweit der „Volksfreund“ zu einer authentischen Auslegung dieses Feuersteinischen Ausspruches Berechtigung hat; die vom „Donauboten“ festgestellte Tatsache, daß die erste Preßäußerung über den Vortrag sich im sozialdemokratischen „Volksfreund“ befand, wird an und für sich diesen noch nicht ohne weiteres zu einer so bestimmt aufgestellten Auslegung ermächtigen. Sei dem übrigens wie es wolle, was der „Volksfreund“ den Herrn Dr. Feuerstein jetzt sagen läßt, das hat dieser nach dem Bericht eben dieses „Volksfreunds“ nicht gesagt. Wir müssen durchaus bei der von uns eingenommenen Stellung bleiben. So wird auch in der übrigen Zentrumspresse das Feuersteinische Diktum aufgefaßt.

Dem Herrn Dr. Feuerstein scheinen übrigens die Geister, die er rief, teilweise nicht so sonderlich ungenehm zu sein. Besonders die heidnische liberale Presse hat sich ja an die verurteilende Kritik gebündelt und sie nach Kräften auszunutzen gesucht. Ihrer sucht sich Feuerstein nun durch folgende Zuschrift an die liberale „Köln. Zeitung“ zu erwehren:

Sie bringen in der Nummer vom 24. August einen Auszug meiner Rede über die Finanzreform. Sie haben gewiß die Gerechtigkeit, Ihren Lesern ergänzungsweise mitzuteilen, daß ich ebenso ausdrücklich auf die Vereitelung der nationalliberalen Reichstagsfraktion, 400 Millionen aus indirekten Steuern zu bewilligen (Abg. Bassemann, 270. Sitzung vom 26. Juni 1909, Reichstagsdrucksache S. 8938), zu sprechen kam und daran die Ueberzeugung knüpfte, unter liberaler Gebärtschaft wäre die Reform noch schärfer ausgefallen.

Dies was nicht wird? Wir bezweifeln es. Derartige Aktionen müssen eben vor ihrer Ausführung nach allen möglichen Konsequenzen durchgedacht werden.

Zu dem tendenziösen Wödsinn der liberalen Presse, ein Schwager „des fähigen Eifers“ sei Mitglied des Freiburger „Episkopats“, schreibt der Erbprinz von Jülich und Offizialrat, Herr G. Kreuzer in Freiburg, der „Köln. Volkszeitung“ das folgende:

Es ist einfach und grob, wie ein Korrespondent der „Köln. Zeitung“ ohne jeden sachlichen Grund meine Person und meine Eigenschaften als Mitglied des Freiburger „Episkopats“ in die Gerichten über die Meinungsäußerung des Herrn Stadtpfarrers Dr. Feuerstein (Donauwörth) zur Finanzreform hineinzerrt, bloß weil ich sein Schwager bin. Es kann damit doch wohl nur der Zweck verfolgt sein, den Eindruck zu erwecken, als ob meine Meinungsäußerungen nicht ohne Fälschung mit Anschuldigungen hätten finden können, die in den Kreisen der hiesigen Kirchenbehörde herrschen. Das ist zwar Unfug, doch hat es Methode. Einem solchen unaufrichtigen Versuch, die Urteilen zu fälschen, die bloße Falschheit einer verwandten oder schwaigerähnlichen Beziehung in der Art zu frustrieren, wie es hier in der „Köln. Zeitung“ versucht worden ist, muß auf das allerentschiedenste entgegengetreten werden.

Das ist von erschütternder Deutlichkeit. Bedauerlich im höchsten Grade ist und bleibt aber die ganze Notwendigkeit derartiger Erklärungen.

*** Verteilung von Sammelgebühren.**
bemerkte der „Schwab. Mer.“ Nr. 398 zu den ohne Zweifel gefälligen Kommentaren, welche einige liberale Blätter anlässlich der Wittenmanns-Dege an die Verteilung der Sammelgebühren knüpfen:

Die Verteilung von Hilfsgebühren gehört erfahrungsgemäß zu den schwierigsten Dingen, die es gibt; nie wird man es allen Seiten recht machen. Wenn ausreichende Gelder vorhanden sind, so ist auch keineswegs gesagt, daß nur die Vermitteln davon erhalten sollen, denn Wohlhabende können unter Umständen auch sehr schwer betroffen sein. Man wird daher gut tun, sich vorerst eines bestimmten Urteils zu enthalten, bis die Sache besser geklärt ist.

Man darf nicht vergessen: Wer beklagt sich denn über die Verteilung der Sammelgebühren in Donauwörth? Nicht irgend jemand, der wirtschaftlich beteiligt ist, sondern ein gänzlich unbeteiligter nationalliberaler Landgerichtsrat, der gegen den Zentrumsvorstand Wittenmann zu Felde zieht, um einen nationalliberalen Kandidaten im hiesigen Wahlkreis Wittenmanns durchzubringen! Und weiter eine nationalliberale Zeitung, die ebenfalls nur ein politisches Interesse an der Sache hat. Die Beschädigten und wirtschaftlich Interessierten in Donauwörth haben im Gegenteil bisher alles in Ordnung gefunden.

*** Freisinnige und Nationalliberale.**
Von Seiten des nationalliberalen „Oberl. Vote“ erging an die Freisinnigen die Aufforderung, die Kandidatur Geratewohl (ein Lehrer aus dem Bezirk) zurückzugeben. Darauf gibt die freisinnige „Lorracher Zeitung“ zur Antwort:

„Eine unüberwindliche Schranke ruft hier allen Einigungsbestrebungen vorläufig ein gebietendes Halt entgegen und diese Schranke heißt: Ja! — Die Einigungsfrage in Lorrach-Land kann nur befriedigend gelöst werden, wenn Herr Dr. Odtbacher das tut, was er niemals tun wird, nämlich seine Kandidatur zurückzugeben. So lange dieser Fall nicht eintritt, bekämpfen wir mit ebenlo wärdiger Sicherheit, als 2 = 4 ist, daß keine 20 freisinnigen Wähler für Herrn Dr. Odtbacher an die Urne zu bringen sind. So wie die Dinge jetzt liegen, bleibt nur die bittere Notwendigkeit, den Streit in Lorrach-Land bis auf's Messer auszuscheiden.“

Die Kandidatur Geratewohl gilt in Kreisen, die sich auskennen, als eine glückliche.

Zentrumsversammlungen.

— Da x Landen, 29. Aug. Die heute hier abgehaltene Zentrumsversammlung, in welcher Herr

Rebber über die Finanzreform sprach, war von etwa 100 wahlberechtigten Männern besucht. Beim Anfang der Versammlung haben sich etwa 7-8 Genossen eingefunden. Der Vorsitzende, Herr Bagler aus Karlsruhe, machte bei der Eröffnung auf den Wortlaut der Einladung aufmerksam, wonach Freunde und Genossinnen eingeladen seien, wer anders gemint sei, habe sich als Gast zu betrachten. Er erteilte das Wort Herrn Köhler. Derselbe betonte bei Beginn seines Referates, andererseits Teilnehmer würden durchaus nicht ausgewiesen, sie möchten aber aus der Einladung die entsprechenden Konsequenzen ziehen in ihrem Verhalten mit Rücksicht auf frühere tumultuarisch verlaufene Versammlungen. Mit dem aus der Schwarzaffäre bekannten Sozialistenführer Hermann Müller an der Spitze zogen nun die übrigen Genossen etwas zögernd ab. Sie ärgerten, weil sie offenbar Herrn Köhler richtig dahin verstanden, daß sie bleiben können bei entsprechendem Verhalten.

Herr Köhler behandelte dann in ausführlicher populärer Weise sein Thema unter gespannter Aufmerksamkeit seiner Zuhörer, die allerdings zahlreicher hätten sein dürfen. Doch das warme Wetter und wohl auch der allmähliche Ueberdruß an der „Finanzreform“ übte auf den Besuch unserer Versammlung diese Wirkung aus wie vor Kurzem auf die sozialdemokratische, die trotz der großen Wählerzahl nach dem Bericht des „Volksfreunds“ „mäßig“ besetzt war. Nur schade, daß die Genossen vorzeitig das Feld räumten! Vielleicht hätte sich doch einer befehligt bei den interessantesten Fragen, die der Referent am Schluß seines Vortrages stellte. Daß die Zuhörer den Redner richtig verstanden, zeigte der reiche Beifall, der seine laudativen, klaren Ausführungen begleitete.

Nachdem noch ein Herr zur Sache gesprochen hatte und auf einige sozialdemokratische Angriffe gegen die Zentrumspolitik eingegangen war, schloß der Vorsitzende die recht anregende augenscheinlich auch recht aufklärende Versammlung mit einem begeisterten Appell zur Treue gegenüber der Volkspartei Zentrum und dem feierlichen Ausdruck des Interesses des politischen, wirtschaftlichen und religiösen Lebens.

Neuburgweiler, 30. Aug. Gestern fand hier eine Zentrumsversammlung statt, in der Abgeordneter Welger über die Reichsfinanzreform sprach. Unter Führung der Genossen Deß und Burckhard von Wehrich hatte sich eine große Zahl Sozialdemokraten eingefunden, die während der Rede Welgers fortwährend Störungen verursachten, sodaß auf das Hausrecht der Zentrumsversammlung verwiesen werden mußte. Genosse Deß, der offenbar in der Absicht gekommen war, um sich für die ihm in der Wähler Zentrumsversammlung zuteil gewordene Absuhr zu rächen, erhielt in der Diskussion das Wort, wobei er sich gegen den Abgeordneten Welger in so beleidigenden Ausdrücken erging, daß er mit dem Strafrichter in Konflikt kommen kann. Genosse Burckhard trug die alten Aushalter vor und hielt Vorlesungen aus dem „Volksfreund“. Nach Burckhard sind 500 Millionen neuer Steuern gemacht worden. Ueber einen so frech aufgelegten Schwindel braucht man kein Wort weiter zu verlieren, er zeigt, wie weit die Klugheit der Sozialdemokratie bereits gediehen ist. Die sozialdemokratische Presse sollte sich schämen dieser Dorker ihrer gemeinen Verhöhnung. In seinem Schlusswort wies Herr Welger auf die persönlich gefällige Kampfesweise der Sozialdemokratie hin, die in der Versammlung selber auch klar zutage getreten sei. Der Vorsitzende, ein Würgermann von Neuburgweiler, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf das Zentrum, in das die Zentrumsleute begeistert einstimmten, während aus den Reihen der Genossen Pfeifzüge zu vernehmen waren.

In u. a. M. verließ die Zentrumsversammlung gestern Abend aufs glänzendste. Die „Genossen“, die am Nachmittag in Neuburgweiler großartig anfündigten, sie würden am Abend in u. a. in der Versammlung erscheinen, haben es aber vorgezogen, als sie die Masse der Zentrumsanhänger sahen, zu verduften, bevor sie die Gelegenheit zum Gebrauch der Diskussion hatten.

In der Diskussion sprachen familiäre Redner, darunter einfache Bauernleute, dem Zentrum ihre Vertrauen aus. Ein Baueremann ging scharf mit den Genossen ins Gericht, da dieselben die Bauern Ausbeuter nennen, wenn sie für ihre Arbeit auch entsprechenden Lohn verlangen (siehe Mißfallig).

In das Hoch auf das Zentrum wurde begeistert eingestimmt.

O. Dürmersheim, 30. Aug. Eine glänzende Zentrumsversammlung fand gestern Abend im „Alder“ hier statt. Der obere Saal war bis auf den letzten Platz dicht besetzt, selbst das Nebenzimmer füllte sich noch mit Freunden der Zentrumsliste. Auch einige „Genossen“ waren erschienen. Redakteur Wahl-Karlsruhe behandelte die feuertechnische Seite der Reichsfinanzreform, Herr Neubert Köhler-Karlsruhe ging mit den Lügen und Schwindeln der Gegner ins Gericht. Dabei machten sich auch die Genossen durch Zwischenrufe bemerkbar, auf die der Redner sofort einging. Als nun einer der Genossen bei der Frage, inwiefern die Polstersteuer die Arbeiter getroffen hätte, sich wieder in widerprechendem Sinne vernehmen ließ, forderte ihn Herr Köhler sofort auf, sich alsbald zu äußern, inwiefern der Arbeiter getroffen worden wäre. „Der Geldmarkt wäre belastet worden“, lautete die kurze Erwiderung. Inwiefern? Ja das weiß ich nicht, bekannte da der Genosse; er hätte besser geschwiegen. Ein anderer Genosse leistete sich folgendes: Als Herr Köhler beim Grundstückssteuersatz erwähnte, daß unbekante Grundstücke bis zu 5000 M. steuerfrei sind, rief der Genosse dazwischen: „Nur bis 500 M.“ Herr Köhler verwies auf den Wortlaut des Reichssteuergesetzes und bat den Zwischenrufer, herzutreten und sich im genauen authentischen Wortlaut des Gesetzes zu überzeugen, daß es wirklich 5000 M. heißt. Das tat nun der Genosse nicht, aber trotzdem behauptete er weiter, daß es doch nur 500 M. heiße. Ein richtiges Bild einer heillosen Leidenstümpfe verlegten Genossenleut! Gegen solche Mächte kämpfen selbst Götter vergebens. Diese Zwischenfälle trugen noch dazu bei, die ohnehin durch die Ausführungen der Redner, insbesondere durch die packende, populäre Art und Weise, wie Herr Köhler die Gegner behandelte, gehobene Stimmung der Versammlung, die häufig ihre Zustimmung und ihren Beifall kundgab, zu einer wahren Begeisterung anzufachen. Kurz, es war eine Laß für die Redner wie für die Zuhörer, ein glänzendes Zeugnis aber auch für die Zentrumsmitglieder von Dürmersheim, die sich nicht irre machen ließen durch die Schwindeln der Gegner.

X. Bietigheim, 30. Aug. Im „goldenen Löwen“ fand hier gestern nachmittags eine gut besuchte Zentrumsversammlung statt. Unter Leitung des Vorsitzenden, Herr Landgerichtsrat Schmidt-Karlsruhe sprach in einer zweistündigen Rede in klarer und wohl disponierter Weise über die Reichsfinanzreform und erteilte lebhaften Beifall. Als zweiter Redner sprach Redakteur Wahl-Karlsruhe, der noch auf einige Steuern des näheren einging. Von der Diskussion wurde kein Gebrauch gemacht. Die Versammlung nahm einen ruhigen, sachlichen Verlauf.

Gegenwärtige Versammlungen.

▲ Durlach, 30. August. Gestern nachmittags fand in Durlach im Gasthaus zur „Blume“ eine öffentliche Versammlung statt, in der sich der demokratische Kandidat Herr Professor Reinhold Helbing aus Karlsruhe seinen Vorkämpfer vorstellte. Die Versammlung war aber sehr schwach besetzt, kaum die Hälfte des Saales war besetzt.

Herr Professor Helbing griff in seinem Referat auch die Karlsruher Mittelstandsbevægung an und verteilte die Aufstellung eines eigenen Kandidaten dieser Bevægung. Es sei dies ein ganz wahnsinniges Unterfangen, das bloß einer gewissen Partei zum Vorteil gereichen müßte. Diese Herren werden es schon einsehen, in welche Abhängigkeit sie bei dieser Partei geraten. Für einen Kulturkampf werden die Demokraten so wenig wie die Liberalen zu haben sein im künftigen Landtag, denn man hätte ganz andere Arbeiten zu verrichten. In der an das Referat Helbing angegeschlossenene Diskussion beteiligte sich auch Herr Parteisekretär Theje und ein Sozialdemokrat.

Die Versammlung, welche ungefähr um 4 Uhr eröffnet wurde, mußte um 1/2 7 Uhr schon geschlossen werden. Man konnte in dieser Versammlung sehen, wie wenig Begeisterung man auch in Durlach an den linksliberalen Spitzhaken findet.

St. Georgen i. Schw., 29. Aug. Dieser Tage fand hier eine demokratische Wählerversammlung statt, in welcher u. a. auch der bekannte Pfarrer Kroll auftrat und rebete. Zur Versammlung wurde auch auswärts in großen Straßenplätzen eingeladen. Mit den Wählern, die von allen Seiten kamen und wohl das größte Kontingent stellten, waren es nicht 100 Zuhörer, die im großen Saal zum „deutschen Haus“ es sich bequem machen konnten. Selbstverständlich war der Hauptinhalt aller Reden eine Verdonnerung der Konservativen und des Zentrums. Warum auch nicht! Laßt man den Leuten das Vergnügen! Die Demokraten geben sich der Wahlvorbereitung hin, ihren Kandidaten, Herrn Professor Hummel, durchzubringen. Andere Leute, die anderer Ansicht sind, sind auch noch da. Die Nationalliberalen des Wahlkreises sind ziemlich heimatlos geworden und sagen z. B. gar nichts oder nichts, was wert hat gegen das fleißigste Vordringen der Demokraten, gegen ihre bisher feste Burg. Warum? Man will es halt mit denen nicht verderben und verschütten, die man in der vorausgesehenen Not und Gefahr zur Hilfe herbeirufen will. So geschieht es oft im gewöhnlichen Leben, so auch hier.

Arbeiterzeitung.

[S] Schwetzingen, 29. Aug. Ueber die Wirkungen der neuen Tabaksteuer im Bezirk Schwetzingen weiß der „Mannh. Gen.-Anz.“ zu berichten:

Die Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen mehrten sich in erster besorgniserregender Weise. In Altkirchheim wurde diese Woche nur vier Tage gearbeitet. In Hohenheim dürften die Hälfte der Zahl von Zigarren anfertigt als wie vordem. Bei der Firma Nieger & Nagolz wurde die Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt. Die Zigarrenfabrik M. & F. Liebhold schließt zum kommenden Montag auf drei Wochen ihre Fabrikräume. Die Arbeiter der Firma Heibelberger (ca. 50) ist sämtlich entlassen. Die Geschäftsleitung der Tabakarbeitergenossenschaft hat beschlossen, daß nur noch halbsoviel gearbeitet wird. In anderen Betrieben wurde teilweise Arbeitsverkürzung und Schließen der Betriebe auf einige Zeit angekündigt. — In allen Betrieben in Neulandheim wurde 2 bis 3 Tage nicht geschafft. In Schwetzingen wurde diese Woche 1 bis 2 Tage ausgefällt. In Pfaltzstadt wurde die Arbeitszeit pro Tag um eine Stunde verkürzt. In Ebingen wurde bei der Firma Wente diese Woche drei Tage geschafft, dann wurde die Fabrik vorläufig für 3 Wochen geschlossen. Die Firma Gebr. Apfel entließ 22 Arbeiter, die übrigen müssen pro Tag 2 Stunden weniger arbeiten. In Diersheim wurde in allen Betrieben 1 und 2 Tage ausgefällt. Ein Heimarbeiter, der mit seiner Familie beschäftigt war, wurde arbeitslos. (Wir dürfen denn wohl auch hinzuzufügen, daß seitens der Behörden den in ihrem Erwerb infolge der Tabaksteuer geschädigten Arbeitern in Lokalität Hilfe entgegengekommen wird. Es besteht auch die berechtigte Hoffnung, daß die Schwierigkeiten in der Tabakindustrie vielleicht schon nach einem halben Jahre, wenn die Vorkäte aufgebraucht sind und die Industrie sich dem Geleite angehängt hat, wieder vermindern werden. Die Red.)

Kleine badische Chronik.

× Mannheim, 29. Aug. Ein 18jähriger Handlungsgehilfe ist mit 14000 M. durchgedrungen, die er im Laufe seines Chefs auf Rechnung eingesetzt hatte. — Mit Angeklagten, die bei dem Ende Mai vor der hiesigen Strafkammer verhandelten großen Waren- diebstahl prozess zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, wurde die Strafe auf dem Gnadenweg erteilt. — Der hiesige Albert Sch. hat einen 6jährigen Volksschüler, der beim Spielen am Rheinufer ins Wasser gefallen war, unter eigener Lebensgefahr vom Rode des Gerinnsels gerettet. — Der unermüdete Dachhof des Hauses Langestraße Nr. 19 in Waldhof (Waldhof-Waldmeister Sommer) ist niedergerannt, wodurch ein Schaden von 15-20000 M. entstand.

+ Mannheim, 29. Aug. Das Pferd, welches dem Fuhrunternehmer Johann Paul von einem früheren Strohacker namens Straub gestohlen wurde, ist samt dem Dieb angehalten worden in Hiesheim. Derselbe wollte es dort einem Landwirten in dem Preis von 450 M. verkaufen. Die Stadtrat von Heibelberg schreibt für Arditefeln, die Angehörige des deutschen Reiches oder in Deutschland ansässig sind, einen Wettbewerb zur Erlangung von Bauplanen für den Ums- und Erweiterungsbau des Reichsbahnhofes aus. Die drei besten Arbeiten werden mit Preisen

Zodes-Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Ratsschlusse ist gestern abend 9¹⁰ Uhr, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, unser treuer, unvergesslicher Gatte und Vater,

Ferdinand Ries,

Oberpostkassierer,

infolge eines Unglücksfalles, sanft in dem Herrn entschlafen.

Karlsruhe, den 28. August 1909.

Die tieftrauernde Gattin nebst 4 Kindern.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 31. August, nachmittags 4 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.
Trauerhaus: Lachnerstraße 12.



Zodes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten mache ich hiermit die traurige Mitteilung, daß es Gott, dem Herrn über Leben und Tod, gefallen hat, unsere liebe Schwester, Mutter, Großmutter und Tante,

Frau Johanna Franziska Scherer,

geb. Münch,

im Alter von 81 Jahren heute nachmittag in die ewige Heimat abzurufen. Sie starb nach schwerer Krankheit, wohlversehen mit den heiligen Sterbesakramenten.

Die hochwürdigen Herren Mitbrüder bitte ich um ein Memento beim heiligen Opfer.

Jos. Münch,

Pfarrer und Kammerer.

Mingolsheim, den 28. August 1909.

Beerdigung: Montag vormittag 10 Uhr.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Zodes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die betrübende Nachricht, daß heute früh 10¹⁵ Uhr unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwester und Schwiegermutter,

Frau Bertha Franck Witwe,

geb. Kathriner,

im 74. Lebensjahre nach kurzem Leiden sanft verschieden ist.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Medizinalrat Hauser,

Anna, geb. Franck,

Karl Kathriner, Privatier.

Karlsruhe und Stein a. Rhein, den 29. August 1909.

Die Beerdigung findet in Bruchsal Dienstag, den 31. d. M., früh 10 Uhr, statt.

Bekanntmachung.

Den kaufmännischen Fortbildungsunterricht betr.

Wiederbeginn des Unterrichts und Aufnahme neuereitender Schüler am Montag, den 6. September l. J., vormittags 8 Uhr.

Nach den Bestimmungen des Ortsstatuts über den Besuch der Handelsschule der Stadt Karlsruhe sind die in Karlsruhe und den eingemeindeten Orten Weierheim, Müppert, Minsheim und Grünwinkel beschäftigten Handlungslehrlinge und Handlungsgehilfen beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren verpflichtet, die Handelsschule zu besuchen.

Ausgenommen von dieser Verpflichtung sind diejenigen, welche drei Jahreskurse einer kaufmännischen Fortbildungsschule bereits ordnungsgemäß durchlaufen haben.

Die Eltern, Vormünder und Lehrherren sind verpflichtet, die schulpflichtigen Handlungslehrlinge und Handlungsgehilfen bei dem Schuldirektor

Schulhaus, Gartenstraße 22,

anzumelden.

Bei der Anmeldung ist das letzte Schulzeugnis vorzulegen. Zuwiderhandlungen werden nach § 3 des Gesetzes vom 13. August 1904 mit Geldstrafe bis zu 20 Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu drei Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 28. August 1909.

Der Vorstand der Handelsschule der Stadt Karlsruhe.

Ad. Bogt, Rektor.

Im achten Jahrgange erschien der Papst-Kalender für das Jahr 1910.

Auch dieser neue Jahrgang ist großartig ausgestattet, sehr reichhaltig und zugleich hochinteressant. Eine große Anzahl Illustrationen und viele Voll- und Halbbilder schmücken den Kalender. Auch sind dem Papst-Kalender ein Märkte-Verzeichnis und die Bitterungsberichte beigelegt. Als Gratis-Beilagen sind beigelegt das Kunstblatt „Herr, hilf mir“ in reicher Farbausführung und ein zweifarbiger Wandkalender.

Der Papst-Kalender hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Liebe zum Stellvertreter Christi auf Erden nach Kräften zu fördern und die Verleumdungen der Kirchenfeinde in das richtige Licht zu stellen. Der Reinertrag gehört dem so überaus wichtigen Bonifatius-Verein. Der Papst-Kalender gehört deshalb in jedes katholische Haus.

Preis 50 Pfennig.

Gegen Einbindung von 60 Pfg. erfolgt Franco-Zufendung.

Wiederverkäufer an allen Plätzen gesucht.

Zu beziehen ist der Papst-Kalender durch alle Buchhandlungen und Leo-Agenturen.

Paderborn.

Bonifatius-Druckerei,

Druckerei des Heil. Apost. Stuhles.

Zur Landtagswahl.

Jeder Vertrauensmann der Zentrums Partei in Stadt und Land sollte im Besitze nachstehend genannter Broschüre sein: **Zentrumspolitik auf dem bad. Landtage**, dargestellt von Dr. Jos. Schofer, 2 Bände.

Der I. Band 1905/06 bringt neben dem Tätigkeitsbericht auch die offiziellen Aktienstücke und Programmreden aller Parteien aus der Wahlbewegung 1905, während der II. Band 1907/08 ein vollständiges Personen- und Sachregister enthält, welches dem Wähler das Nachschlagen bei Meinungsverschiedenheiten sehr erleichtert. Jeder Band à M. 2.20 kann einzeln bezogen werden, beide Bände zusammengeheftet kosten M. 4.—. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Pet. Weber, Verlagshandlung, Baden-Baden.

Christ. Oertel, Karlsruhe,

Kaiserstr. 101/103,
Manufakturwaren-, Betten- und
Ausstattungs-Geschäft.



Großes Lager fertiger Betten,
Bettstellen, Bettfedern, Flaum,
Rosshaar, Steppdecken, Woll-
decken, Piquedecken, Baum-
woll- und Leinenwaren u. s. w.

Uebnahme : :
ganzer Aussteuer.

Ständige Ausstellung von Schlafzimmer-Einrichtungen in allen Stilarten.
Billige Preise. Reelle Bedienung.
Kostenanschläge und Muster stets gerne zu Diensten.

Bekanntmachung.

Vom 1. September d. J. ab lautet Paragraph 11, Absatz 2, Satz 2 der Beförderungsbedingungen wie folgt:

„Die Umsteigeberechtigung erlischt, sobald von ihr einmal Gebrauch gemacht worden ist, oder wenn seit der Entwertung des Fahrscheins oder Umsteigescheins eine halbe Stunde verstrichen ist.“

Karlsruhe, den 28. August 1909.

Städtisches Straßenbahnamt.

Friedrichsbad

136 Kaiserstrasse 136.

An den fünf ersten
Tagen der Woche
kostet ein Wann-
bad für Männer und
Frauen

35 Pfennig

Samstags 40 Pfennig.

Alte Gebisse,

sowie alte Goldsachen kauft
Carl Siede,
Kreuzstraße 17.

Echtes, altes
Zweiflügenwaller,
per Liter M. 1.80,
ohne Glas — solange Vorrat — empfiehlt
Hermann Zoller,
Schützenstraße 43.

Lederhandlung Mühlburg.
Großes Lager in Sohlleder u. Sohlen-
anschnitt, sowie Schuhmacher-
Bedarfsartikel.
Eduard Frisch, Rheinstr. 34 b.

Stadtgarten-Theater Karlsruhe.
Montag, den 30. August 1909,
abends 8 Uhr:

Benefiz-Vorstellung für Herrn
Friedrich Becker.
Der Bettelstudent.
Operette in 3 Akten (4 Bilder) von
F. Zell und Mich. Gené.
Musik von Carl Millöcker.

Wolfschlucht
Schützenstraße 10.
Jeden Dienstag
Schlachttag
Ludwig Müller.

Katholischer Männerverein der Oßfadt.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unser liebes Mitglied, Herrn Oberpostkassierer Ferdinand Ries aus dieser Zeitlichkeit abzurufen. Wir bitten die verehrlichen Mitglieder um das Gebet für die Seelenruhe des Verstorbenen, sowie um recht zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung.

Die Beerdigung ist Dienstag, den 31. August, nachmittags 4 Uhr, von der Friedhofkapelle aus.

Der Vorstand.



Ein Lehnmädchen
für Weisnägen gesucht.
Sofienstr. 105, Seitenbau, 3. St.

Dr. Ziegler

Spezialarzt für Magen-, Darm- und
Stoffwechselkrankheiten
ist erst von 11. September an wieder
in Karlsruhe.

Dr. L. UHRIG

Amalienstrasse 25 a
ist zurückgekehrt.

Von der Reise zurück Dr. Richard Behrens

Spezialarzt für Kinderkrankheiten
Lammstrasse 4. Fernspr.-Nr. 1506.

Residenz-Theater

Kinematograph. Waldstraße 30.
Jeden Mittwoch und Samstag vollständig neues Programm.
Jeden Abend Einlagen.
Gegenwärtiges Programm:
Blüetots Flug im Aroplan über die Straße von Dover. — Blüetots kehrt an Bord des Contre-Torpèdobootes nach Escopette nach Gallias zurück. — Louis Blüetot. — Blüetot fährt im Automobil nach seinem Ziel. — Eine Bärenjagd in Rußland. Das Rendez-vous im Walde. Auf der Spur, der Wäz in seiner Höhle. Entdeckt. Die Pflege des Verwundeten.

Apollo-Theater

Marienstr. 16. Dir. J. Engels.

Unterzeichnete Direktion erlaubt sich ergebenst bekannt zu geben, daß sie das Apollo-Theater hier selbst von der Mühlaburger Brauerei (vormals Freih. von Selbened) übernommen hat.

Die Saison beginnt mit dem
1. September d. J.

und findet
abends 8 Uhr
im vollständig neu renovierten
Theaterjaale die
Gröffnungs-
Vorstellung

statt.
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, nur erstklassige, desegte Programme zu bieten und die Vorstellungen so zu leiten, um den Wünschen eines jeden Besuchers gerecht zu werden.

In der angenehmen Erwartung, daß das p.p. Publikum mein Unternehmen durch zahlreichen Besuch unterstützt, zeichnet

mit aller Hochachtung

Josef Engels, Direktor.

Sixt. Madonna, in prachtvoll. Goldbarock-Rahmen, 120 cm hoch, 90 cm breit, unzugänglich für nur M. 20.— zu verkaufen.
E. Werner, Herrenstr. 6, II., 5 H.

Diese Woche beginnen

Rehungen der Invaliden, Engener, Müntter, Frankfurter, Zweibrücker und Darmstädter, à 1 M. p. St. Meersburger und Nabolfelder, à 1.20 M., Wändener, à 2 M., sowie Kohlförstbörger, à 3 M., bei Mehr mit Rabatt, sowie alle anderen sonst staatlich genehmigten Sorten.

Carl Götz,
Debelstraße 11/15, Karlsruhe i. V.

Schöne 3 Zimmerwohnung
mit Zubehör wegen Verlegung sofort
oder 1. Oktober zu vermieten.
Roonstraße 22, I.

Vervielfältigungen: Schreibmaschine

sind besonders zu empfehlen für
Geschäftsöffnungsanzeigen,
Verkaufsangebote, Agenten-
angebote, Lebensläufe, Fest- und
Hochzeitslieder, Festreden,
Bewerbungsschreiben, Gelegen-
heitsangebote, Speisezetteln,
Fragebogen, Reklamen jeder Art,
Prospekte, Verträge, Ein-
ladungen, Programme, Rund-
schreiben, Versammlungs- und
Jahresberichte, Eingaben, Pro-
kollauszüge, Satzungsunterlagen,
Zeugnisabschriften, Doktor-,
Examen- und Schriftsteller-
arbeiten, Kostenanschläge, Be-
schreibungen, Preislisten, Mit-
teilungen aller Art (auch auf
Postkarten), Bilanzen usw. usw.
Die Preise sind billigst. :
Anfertigung schnellstens.
Ausführung peinlich gewissen-
haft und sauber. :
Verschwiegenheit sicher. :

Hans Dinger
Karlsruhe i. B.
Wienandstrasse Nr. 16
Uebnahme auch aller sonstig
vorkommenden maschinen-
schriftl. Arbeiten. Lieferung be-
sonders nach auswärt. Muster
und Preisangebots zu Diensten.
Verschwiegenheit sicher. :

Flor Castona, Cigarrenhaus E.P. Hieke, Hoff.,
Hochfeine Sumatra-Havanna, Handarbeit.
Karlsruhe i. B.,
Kaiserstr. 215.